

Verteilung der Versichertenrenten im Rentenbestand nach Geschlecht, West- u. Ostdeutschland 2022

Da die individuelle Höhe der Versichertenrenten (Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten) aus der Gesetzlichen Rentenversicherung entscheidend von der vormaligen Stellung im Erwerbsleben abhängt, weisen die Renten eine hohe Spannweite auf. Die Verteilung dieser Renten nach Zahlbeträgen verdeutlicht dies. Bei der Abbildung wird die Gesamtheit der im Jahr 2022 gezahlten Renten (Rentenbestand) betrachtet. Im Unterschied zu Abbildung VIII.25a_b geht es hier also nicht um Zugangsrenten.

Zwischen Erwerbsminderungsrenten einerseits und Altersrenten andererseits wird bei der Analyse des Rentenbestands nicht unterschieden. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden die Versichertenrenten insgesamt analysiert. Denn die Erwerbsminderungsrenten werden mit Erreichen der Regelaltersgrenze automatisch in Regelaltersrenten umgewandelt und in der Statistik als Regelaltersrenten behandelt. Möglich wäre es deshalb nur, die Erwerbsminderungsrenten vor Erreichen der Regelaltersgrenze auszuweisen, während die sehr viel größere Zahl der in Altersrenten umgewandelten EM-Renten dann die Zahlbeträge der Altersrenten beeinflusst.

Angesichts der großen Abweichungen zwischen West- und Ostdeutschland werden diese zwei Gebiete getrennt betrachtet.

Folgende Aussagen lassen sich für Westdeutschland treffen:

- Niedrige Rentenzahlbeträge haben eine erhebliche Bedeutung, mit einem deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern: 2022 erhielten 41,7 % aller Frauen eine Altersrente unterhalb von 600 Euro. Bei den Männern lag der Anteil mit 22,2 % zwar deutlich niedriger, aber immer noch recht hoch. Umgekehrt erreichten nur 14,9 % der Frauen eine Rentenhöhe von über 1.200 Euro, während der Großteil der Männer (52,7 %) oberhalb dieser Grenze lag.
- Höhere Renten, also eine Rente von über 1.800 Euro im Monat, werden selten gezahlt, und wenn dann nahezu ausschließlich an Männer (22,0 %). Der Anteil der Frauen liegt bei 2,4 %.
- Altersrenten in Höhe von deutlich über 2.400 Euro gibt es so gut wie nicht, da die maximale Rentenhöhe (brutto) auf etwa 3.404 Euro (Westdeutschland) limitiert ist. Dies ist die Folge der Beitragsbemessungsgrenze, die die Zahl der in einem Versicherungsjahr erreichbaren Entgeltpunkte auf etwa 2,1 begrenzt. Unterstellt man 45 Versicherungsjahre summieren sich die maximalen Entgeltpunkte damit auf 94,5. Dies bedeutet, dass eine Bruttoaltersrente der Gesetzlichen Rentenversicherung selbst unter günstigsten, aber sicherlich irrealen Bedingungen (jedes
 Jahr übersteigt der individuelle Verdienst den Durchschnittsverdienst um das Doppelte und dies ab dem Berufseinstieg kontinuierlich 45
 Jahre lang) in den alten Bundesländern nicht höher als etwa 3.404 Euro liegen kann (94,5 x 36,02 Euro (aktueller Rentenwert 2. Hj. 2022)). In
 Ostdeutschland (aRw Ost: 35,52 Euro) liegt das Maximum bei rund 3.357 Euro.

In <u>Ost</u>deutschland zeigen sich hingegen deutlich andere Verteilungsstrukturen der Bestandsrenten:

- Niedrige Rentenzahlbeträge haben für beide Geschlechter eine untergeordnete Bedeutung: 2022 erhielten 5,5 % aller Frauen eine Altersrente unterhalb von 600 Euro. Bei den Männern lag der Anteil bei 5,5 %. Umgekehrt erreichten mehr als drei Viertel der Frauen (75,9 %) eine Rentenhöhe von über 900 Euro, bei den Männern waren es 83,2 %.
- Höhere Renten, also Renten von über 1.800 Euro im Monat, fallen in den neuen Bundesländern seltener an als in den alten Bundesländern (14,6 % bei den Männern und 5,4 % bei den Frauen).
- Wirklich hohe Renten, die 2.400 Euro und mehr betragen, sind in Ostdeutschland nicht zu finden.

Hintergrund

Die hohe Verbreitung von sehr niedrigen Altersrenten im Rentenbestand, die im Wesentlichen Folge von kurzen Versicherungszeiten sind (verbunden mit niedrigen Einkommen), kann mehrere Ursachen haben:

- Bei den Männern ist u.a. anzunehmen, dass vor allem Selbstständige und auch Beamte, die für eine nur kurze Zeit versicherungspflichtig beschäftigt waren, eine niedrige Altersrente beziehen. Diese Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung ist dabei nicht die Haupteinkommensquelle im Alter, sondern hat nur eine Ergänzungsfunktion. Entscheidend sind die Alterseinkommen aus der Beamtenversorgung oder aus den Versorgungswerken der freien Berufe.
- Bei den Frauen in Westdeutschland widerspiegeln die niedrigen Renten das Erwerbsverhalten. Kürzere Beschäftigungs- und Versicherungszeiten, Teilzeitarbeit wie auch eine schlechtere Einkommensposition waren und sind die Regel (vgl. Abbildung VIII.31). In den neuen Bundesländern sind diese geschlechtsspezifischen Unterschiede merklich schwächer ausgeprägt, da die Erwerbsmuster von Frauen in den neuen Bundesländern und der vormaligen DDR durch eine dauerhaft hohe Erwerbsbeteiligung und Vollzeitarbeit gekennzeichnet waren und mehrheitlich auch noch sind
- Hinzu kommt, dass durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten niedrige Rentenansprüche entstehen. Dadurch haben viele Mütter, die früher nicht (versicherungspflichtig) erwerbstätig waren und/oder die die Wartezeit von fünf Jahren für den Bezug einer Regelaltersrente nicht erfüllt haben, überhaupt eine eigenständige Altersrente erhalten. So hat die seit Juli 2014 geltende Anerkennung eines zweiten Kindererziehungsjahres pro Kind für Geburten vor 1992 ("Mütterrente") (und ab 2019 auch für das dritte Jahr mit einem halben Entgeltpunkt) zu einem deutlichen Anstieg des Zugangs von Regelaltersrenten geführt (vgl. <u>Abbildung VIII.10</u>). Die erworbene erstmalige eigenständige Rente ist zwar niedrig, stellt aber für die betroffenen Frauen eine deutliche Einkommensverbesserung dar.

Der Bezug einer niedrigen Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung darf allerdings nicht mit einem niedrigen Alterseinkommen oder gar mit Altersarmut gleichgesetzt werden. Zum einen können Rentenzinnen neben der Versichertenrente auch eine Hinterbliebenenrente beziehen (vgl. Abbildung VIII.23). Zum zweiten können Rentenzahlungen aus anderen Sicherungssystemen (wie der Beamtenversorgung, Betriebsrente, Lebensversicherung) hinzukommen oder Ansprüche auf andere Einkommen (wie Mieteinnahmen oder Aktienerträge) bestehen (vgl. Abbildung VIII.53 und Abbildung VIII.55a). Und zum dritten ist das Haushaltseinkommen zu berücksichtigen: Eine Ehefrau mit einer geringen Rente kann in einem Haushalt leben, in dem aufgrund der Rente ihres Ehemanns insgesamt ein ausreichend hohes Haushaltseinkommen erreicht wird (vgl. zum Gesamteinkommen älterer Menschen Abbildung VIII.52).

Methodische Hinweise

Beim Vergleich zwischen West und Ost ist zu beachten, dass das zwischen Ost und West abweichende Rentenrecht 2024 ausläuft. Die Entgeltpunkte werden dann gleich bewertet werden. Der aktuelle Rentenwert Ost liegt 2022 in Entsprechung des niedrigeren Gehaltsniveaus nur noch leicht unter dem aktuellen Rentenwert West (vgl. <u>Abbildung VIII.100</u> und <u>Abbildung VIII.27</u>). Einen gewissen Ausgleich gibt es dadurch, dass die die persönlichen Entgeltpunkte in den neuen Bundesländern einer Hochwertung unterliegen. Durch das Rentenüberleitungsabschlussgesetz von 2017 wird es allerdings neben der Angleichung an die West-Werte auch zu einem Wegfall der Hochwertung kommen.

Die Daten entstammen aus der Rentenzugangsstatistik der Deutschen Rentenversicherung. Ausgewiesen werden die Rentenzahlbeträge. Das heißt, dass die Bruttorenten um die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner und zur sozialen Pflegeversicherung vermindert sind. Nicht berücksichtigt sind hingegen die möglichen Steuerabzüge.